

Landesbeirat zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

Datum: 13.12.2021

Uhrzeit: 15.30 Uhr – 17:45 Uhr

Teilnehmende

Mitglieder

Alexandra Arnold, Thomas Bartels, Cortina Bittner, Fritz Bremer, Kirsten Grundmann, Silke Haß, Stefan Jöns, Petra Jütting, Janine Kolbig, Kai Lehnert, Sönke Lintzen, Niels Luithardt, Marion Malzahn, Ralf Paulsen, Karl-Heinz Petersen, Michaela Pries, Gunilla Pugell, Anita Pungs-Niemeier, Kerstin Scheinert, Tanja Speck, Melissa Tubbesing

Beratende Mitglieder

Klaus Rienecker

Gäste

Tilo von Riegen, Stefan Sackner, Claus-Peter Steinweg, Christine Engels, Nicole Knudsen, Andreas Kölln, Barbara Carstensen, Andre Delor, Henrike Bleck, Arne Braun, Ursula Hegger, Maren Struckmann

1. Begrüßung

Michaela Pries

Michaela Pries begrüßt die anwesenden Mitglieder und Gäste. Die Landesbeauftragte weist daraufhin, dass separate Konferenzräume in der Pause oder nach der Sitzung zum Austausch genutzt werden können.

2. Barrierefreiheit bei Wahlen

Tilo von Riegen, Claus-Peter Steinweg, Stefan Sackner

Herr von Riegen bedankt sich für die Einladung und übergibt an den Geschäftsstellenleiter Herrn Steinweg. Herr Steinweg stellt die Vielzahl an Maßnahmen vor, die zu mehr Barrierefreiheit beim Wählen führen. Auf der Webseite www.wahlen.sh stehen viele barrierefreie Informationsangebote wie z. B. Gebärdensprachvideos, Audiodateien und eine Broschüre in Leichter Sprache zur Verfügung. Auf die Homepage und die entsprechenden Informationsmaterialien wird auf der Wahlbenachrichtigung (Kasten oben rechts) hingewiesen. Zusätzlich ist dort eine Telefonnummer angegeben, über die Anliegen geklärt werden können. Auch ist auf den Wahlbenachrichtigungen vermerkt, ob das Wahllokal barrierefrei zugänglich ist. Ein Mitglied des Landesbeirates hat die Erfahrung gemacht, dass hier nur die Bedarfe von Rollstuhlnutzern und nicht die Bedarfe von blinden oder sehbehinderten Menschen Berücksichtigung finden. Deshalb wäre ein Hinweis „rollstuhlgerechter Zugang“ treffender. Für blinde und sehbehinderte Menschen werden im Auftrag des Landes vom Blinden und Sehbehindertenverein Wahlschablonen angefertigt. Über diese Wahlschablonen kann der Wahlvorgang ohne Assistenz durchgeführt werden.

Mehrere Mitglieder merken an, dass die Wahlhelfer*innen bzgl. der verschiedenen Bedarfe der Menschen mit Behinderungen sensibilisiert werden. Die Bedarfe sind

Inhalt der Schulungen für die Wahlvorstände (ca. 2650 in Schleswig-Holstein), jedoch ist ein Besuch der Schulungen nicht verpflichtend.

3. Bericht aus der Arbeitsgruppe Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf

Ursula Hegger

Ursula Hegger berichtet von der AG Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf. Die AG hat ein Ergebnispapier erarbeitet, was an die Landesarbeitsgemeinschaft zur Weiterentwicklung der Strukturen der Eingliederungshilfe versendet wurde. Die Landesarbeitsgemeinschaft befasst sich in der Sitzung am 15.12 mit dem Ergebnispapier.

Inhaltlich ist das Papier nach verschiedenen Lebensbereichen eines Menschen strukturiert, also z. B. Geburt und frühe Kindheit, Kindertagesbetreuung oder Arbeit/Beschäftigung. Zu jeder Phase wurden die Bedarfe und „Knackpunkte“ formuliert.

Besonders deutlich ist die unzureichende Versorgung mit Leistungen der Unterstützten Kommunikation in verschiedenen Lebensbereichen und der Mangel an Tagesförderstättenplätzen geworden.

4. 3 Jahre Landesbeirat: Rückblick und Ausblick

Michaela Pries

Die Mitgliedschaft im Landesbeirat ist nach § 14 Abs. 2 LBGG an die Legislaturperiode des Landtages gekoppelt. Die aktuelle Legislaturperiode endet im Mai 2022, so dass voraussichtlich der „neue“ Landesbeirat am 20.6.22 das 1. Mal zusammenkommt. Mehrere Mitglieder teilen mit, dass ihnen der Zusammenhang zwischen Legislaturperiode und Mitgliedschaft nicht bekannt war.

Michaela Pries steht einer zukünftigen Zusammensetzung des Landesbeirates offen gegenüber. Wichtig ist es der Landesbeauftragten, diesen Prozess gemeinsam mit dem Landesbeirat zu gestalten. Michaela Pries möchte Kriterien zur Mitgliedschaft erarbeiten, da dies zu mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit führt. Mehrere Mitglieder teilen mit, dass sie sich auch mehr Klarheit wünschen. Die Landesbeauftragte kommt den Wunsch der Mitglieder nach und erstellt zur nächsten Sitzung eine Vorlage für mögliche Kriterien. Diese Vorlage wird dann ergebnisoffen diskutiert. Wichtig für die zukünftige Arbeit im Landesbeirat ist, dass die Mitgliederanzahl nicht zu groß wird, damit die Arbeitsfähigkeit erhalten bleibt.

Der Landesbeirat wird zu seiner bisherigen Arbeit einen kurzen Bericht schreiben. Michaela Pries kann sich den Bericht auch als einen Teil ihres Tätigkeitsberichtes vorstellen. Hierbei ist es der Landesbeauftragten wichtig, die Politik über die Arbeit des Landesbeirates zu informieren und verschiedene Entwicklungen des Landesbeirates darzustellen, wie z. B. die Gründung verschiedener Arbeitsgruppen, verfassen einer eigenen Stellungnahme zu einer Verordnung etc.

Verschiedene Mitglieder heben die respektvolle und wertschätzende Kommunikation hervor. Besonders wurde dies deutlich, wenn es bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes unterschiedliche Meinungen gab. Ein Mitglied merkt an, dass der Bericht auch die Vielfalt des Landesbeirates widerspiegeln soll, z. B.

könnten Berichtsteile in Leichter Sprache, Gebärdensprache (Video) oder Brailleschrift dargestellt werden.

Zur Berichtserstellung bildet sich eine Arbeitsgruppe. Bei Interesse an dieser Arbeitsgruppe melden Sie sich bitte bei Arne Braun (0431 988 1622; Arne.Braun@landtag.ltsh.de). Janine Kolbig und Fritz Bremer wollen in der AG mitarbeiten.

5. Verschiedenes

Henrike Bleck weist darauf hin, dass am 14.9.2022 eine landesweite Informationsveranstaltung zum Betreuungsrecht stattfindet. Am 15.9.2022 werden in den jeweiligen Amtsgerichten eigene Veranstaltungen organisiert. Weitere Informationen können bei Frau Bleck abgefragt werden (04319881625; henrike.bleck@landtag.ltsh.de).

Ein Mitglied äußert den Wunsch, dass sich der Landesbeirat mit der Qualifikation von Peers und möglichen Empowermentkonzepten beschäftigt. Hintergrund ist die Verankerung von qualifizierte Peers im Vertragsrecht der Eingliederungshilfe. Die Mitglieder kommen darüber ein, dies in einem gesonderten Termin zu besprechen.

Cortina Bittner merkt an, dass es in Krankenhäusern häufiger zu Problemen beim Betreten von Begleitpersonen gibt. Z. B. müssen Gebärdensprachdolmetscher nur einen 3G-Nachweis vorzeigen, hingegen müssen andere Begleitpersonen einen 2G-Plus Nachweis vorlegen. Diese Regelungen führen bei Unkenntnis des Sicherheitspersonals zu Missverständnissen.